

Liebe Mitglieder und Freunde der DPoIG Baden-Württemberg,

manchmal kommt es einem so vor, als hätte die Weihnachtszeit ihren eigentlichen Sinn verloren. Der Advent besteht scheinbar nur noch aus Terminen und der Jagd nach Geschenken, überall wird man mit Werbung bombardiert und in der Innenstadt kommt man kaum noch vom Fleck. Weihnachten erscheint uns an manchen Tagen als purer Stress und wir laufen Gefahr völlig aus den Augen zu verlieren, worum es dabei eigentlich geht. Vielleicht geht es Ihnen wie mir, dass Sie versuchen den Schreibtisch leer zu bekommen. Die letzten Vorgänge noch fertig machen. Mit Weihnachten beginnen bei mir einige Tage Urlaub. Der Jahreswechsel steht vor der Tür. Da möchte man noch gerne „klar Schiff“ machen. Im neuen Jahr möchte man gerne ohne „Altlasten“ beginnen. Dabei wissen wir alle, dass das neue Jahr beginnt wie das Alte endete. Und es gibt nun mal Vorgänge, die kann man nicht abschließen. Man muss im neuen Jahr an Ihnen weiterarbeiten. Für viele Kolleginnen und Kollegen bringen Weihnachten und der Jahreswechsel die Notwendigkeit mit sich, Privates und Dienstliches zu verbinden, denn sie Sorgen auch an diesen Tagen für die Sicherheit im Land. Für Sie findet Weihnachten und der Jahreswechsel eher so zwischendurch statt. Wir sollten bei all dem was uns beschäftigt nicht vergessen, warum wir Weihnachten feiern. Was der Anlass mehr als vor 2016 Jahren war, dass wir heute dieses Fest feiern und warum in Deutschland es hierzu sogar kirchliche Feiertage gibt. Ich wünsche Ihnen allen, dass Sie alle etwas von dieser Weihnacht erleben dürfen. Unabhängig ob man arbeitet oder ob einige freie Tage hat.

Der beste Weg, sich selbst wieder in Weihnachtsstimmung zu versetzen, sind Weihnachtsgrüße. Mit liebevollen Weihnachtsgrüßen erinnert man sich und die Empfänger daran, warum es beim Fest der Liebe eigentlich geht – um die Menschen, die einem am Herzen liegen. Im Namen der DPoIG-Landesleitung wünsche ich allen Mitgliedern, Gesprächspartnern, Freunden und Gönnern recht frohe Stunden in der Advents- und Weihnachtszeit. Auf ein frohes und gesundes Wiedersehen im Neuen Jahr.



*Hertzlichst, Von
Ralf Kusterer*



Bild: Pixabay

Artikel in dieser Ausgabe

1. Neuaufstellung des Tarifbereichs
2. Joghurt-Blaulicht und blaue Bewerber
3. Sicherheitsempfinden von Senioren sinkt
4. Erhöhung der Nachtdienstzulagen in Bayern
5. Attraktive Berlin-Fahrten in 2017
6. DPoIG im Gespräch mit den Liberalen



Impressum

Redaktion:
Ralf Kusterer
(V. i. S. d. P.)
E-Mail: ralf.kusterer@dpolg-bw.de

c/o DPoIG Landesgeschäftsstelle
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon: 0711/ 997 947 4-0
Telefax: 0711/ 997 947 4-20
E-Mail: info@dpolg-bw.de
www.dpolg-bw.de

Fremde Abbildungen und Quellen
sind entsprechend gekennzeichnet

Neuaufstellung des Tarifbereichs

Rechtzeitig vor der Tarifrunde 2017 wurde die DPoIG-Landestarifvertretung neu gewählt.

Aktuelles aus dem Tarifbereich, Neuwahlen und die Branchentage des dbb bestimmten die Tagesordnung der Landestarifkonferenz im November.

Forderung diskutieren – Forderung beschließen – Forderung verhandeln! Das ist der Dreiklang zu Beginn der Einkommensrunde 2017 mit den Ländern! Bevor die Tarifverhandlungen am 18. Januar 2017 mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) in Berlin beginnen können, muss der dbb Mitte Dezember in Berlin seine Forderung beschließen. Von Ende Oktober bis Mitte Dezember 2016 wurde deshalb bundesweit fleißig diskutiert, von Rostock im Norden bis Stuttgart im Süden, von Leipzig im Osten bis Düsseldorf im Westen. Da ließ sich der stellvertretende Bundesvorsitzende des dbb und Verhandlungsführer des dbb, Willi Russ, nicht zweimal bitten, am Rande des Stuttgarter Branchentages auch bei der Landestarifkonferenz der DPoIG Baden-Württemberg vorbeizuschauen und dabei wichtige Impulse für die Beschlüsse und Verhandlungen aufzunehmen.

Bei der Landestarifkonferenz wurde Manfred Riehl, PP Mannheim, als bisheriger und langjähriger DPoIG-Landestarifbeauftragter mit allen Ehren verabschiedet. Bereits beim Landeskongress 2015 wurde Riehl zum Ehrenmitglied ernannt. Die Landesleitung der DPoIG Baden-Württemberg bedankte sich jetzt nochmals ausdrücklich für seine professionelle Arbeit.

Als neuer Landestarifbeauftragter wurde Edmund Schuler, PP Ulm, in seinem Amt mit großer Mehrheit bestätigt. Neben ihm wurde Kollegin Heike Strausberger, PP Reutlingen, Wolfgang Kleebar, PP Aalen und Martin Schuler, PP Freiburg, als stellvertretende Landestarifbeauftragte gewählt.

Neu aufgestellt wurde im Hinblick auf die Tarifrunde 2017 auch die DPoIG-Landesstreikleitung. Gut gerüstet will die Streikleitung die anstehenden Aktionen bewältigen. Es bedarf einer gründlichen Vorarbeit, damit die neue Landesstreikleitung während der Arbeitskämpfmaßnahmen auch die rechtlichen Gesichtspunkte eines Warnstreiks/Streiks nicht aus den Augen verliert. Die bei einem Streik zu bewältigenden Aufgaben reichen von der Materialbeschaffung, über regelmäßige Basisinformationen, Beteiligung an Podiumsdiskussionen, Mobilisieren von Mitgliedern zu Kundgebungen, bis hin zur begleitenden Öffentlichkeitsarbeit.

Um den Druck während den Verhandlungsrunden zu erhöhen, werden die Gewerkschaften durch einfallsreiche Aktionen auf die Interessen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes aufmerksam zu machen.

Wie in der Vergangenheit ist es wichtig, dass Beamte und Tarifbeschäftigte zusammenstehen und gemeinsam für Verbesserungen in der Bezahlung eintreten. Wir rufen schon jetzt alle Mitglieder der DPoIG Baden-Württemberg dazu auf, sich aktiv an den geplanten Aktionen vor Ort zu beteiligen.

Ob es tatsächlich zu Streikmaßnahmen kommt, liegt am Verlauf der Gespräche und im Ermessen der Verhandlungsführer in Berlin. Manfred Riehl sitzt als Vorstandsmitglied der Bundestarifkommission weiterhin direkt am Verhandlungstisch. Dadurch sind wir gut vernetzt und werden für den Fall der Fälle schnell informiert.

Die Einkommensrunde 2017 für die Beschäftigten der Länder beginnt mit der ersten Verhandlungsrunde am 18.01.2017 in Potsdam. Zwei weitere Verhandlungsrunden sind beginnend zum 30.01.2016 und 16.02.2016 terminiert



Die Mitglieder der DPoIG-Streikleitung (von links nach rechts): Wolfgang Kleebar, Martin Schuler, Heike Strausberger, Edmund Schuler, Jörg Timmann



Joghurt-Blaulicht und blaue Bewerber Kuriose Polizeieinsätze aus dem Jahr 2016

Das Jahr neigt sich dem Ende. Regelmäßig wird dies zum Anlass für Rückblicke genommen. Diese müssen nicht immer kritisch sein, sondern dürfen auch mal ein Augenzwinkern und ein Lächeln entlocken. Selbst im Polizeialltag ging es nicht immer nur um Unfälle und Einbrüche. Bei manchen Polizeieinsätzen ging es drunter und drüber. Einige kuriose Fälle sorgten 2016 in den Revieren für Abwechslung im Alltagsgeschäft. Hier eine kleine Auswahl.

TIEFKÜHL-TERROR - Um seinen Platz an der Supermarktkasse zu verteidigen, bewirft ein 61-Jähriger im Februar in Tauberbischofsheim eine andere Kundin mit Tiefkühlgemüse. Das gefrorene Päckchen trifft die 63-Jährige am Kopf, verletzt sie aber nur leicht. Der Mann war der Meinung, dass die 63-Jährige ihre Einkäufe zum Bezahlen zu dicht an seine eigenen gelegt hatte. Das dabei vom Band gefallene Gemüse-Päckchen soll die Frau dann etwas unwirsch zurückgelegt haben - was den Mann wiederum so sehr auf die Palme bringt, dass er damit nach ihr wirft. Er bekommt eine Anzeige wegen Körperverletzung.

DROGEN-DUFT - Mehrere Beutel mit Hundekot setzt ein Mann im April der Polizei im Ortenaukreis als vermeintlichen Drogenfund vor die Nase. Der 55-Jährige hatte beobachtet, dass ein Unbekannter mehrere schwarze Plastikbeutel in einen Mülleimer warf. Der 55-Jährige habe das für eine geplante Drogenübergabe gehalten und die Beweisstücke an sich genommen. Den Beamten im Polizeirevier Achern kommt dagegen schnell ein anderer Verdacht, als der Zeuge die Tüten vor ihnen ausbreitet. Der Geruch ist zu eindeutig. Der 55-Jährige darf die Fundstücke daher zur Entsorgung wieder mitnehmen.

JOGHURT-BLAULICHT - Mit zwei bemalten Joghurtbechern als Blaulicht lässt sich im April ein kleiner Polizei-Fan von seiner Mutter in Leinfelden-Echterdingen den Familien-Kleinwagen umrüsten. Der zu dem Zeitpunkt knapp Fünfjährige habe eine besonders begeisterte Phase, erklärt die Mutter der echten Polizei, die das vor dem Haus der Familie stehende Auto kontrolliert. Ein Zeuge hatte es aus der Ferne gesehen, eine Straftat befürchtet und vorsichtshalber die Polizei gerufen. Über den Besuch

seiner Idole habe sich der mit Polizeimütze ausgestattete Junior jedenfalls sehr gefreut, teilen die Beamten mit.

SCHLUCHZENDE SIRENE - Aus Liebeskummer schreit sich eine 20-Jährige im Mai in Göppingen so laut ihren Frust von der Seele, dass die Polizei anrückt. Passanten im Bereich des Bahnhofes hören in der Nacht laute Schreie und vermuten eine Straftat. Die Beamten treffen auf zwei junge Frauen, die angeben, dass ihre Freundin geschrien habe, da sich ihr Freund an ihrem Geburtstag von ihr getrennt habe. Die junge Frau selbst treffen die Beamten aber nicht an. Sie sei in einen nahegelegenen Club weitergezogen, um sich einen neuen Freund zu angeln, schrieb die Polizei.

SPINNENPHOBIE - Aus Angst vor einer Spinne im Badezimmer traut sich eine Frau in Heidelberg im September nicht mehr in die eigene Wohnung - und alarmiert die Polizei. Den angerückten Beamten gelingt es, das Tier zu fangen und auszusetzen. Im Anschluss suchen sie die gesamte Wohnung nach weiteren Spinnen ab, da die Frau an einer Spinnenphobie leidet. Sie kehrt erst in ihre Wohnung zurück, als die Beamten Entwarnung geben.

BETRUNKENE BEWERBERIN - Zu einem Vorstellungsgespräch ungewöhnlicher Art taucht eine 25-Jährige Anfang November bei der Polizei in Göppingen auf: Gegen 3.30 Uhr fährt die Frau mit ihrem Auto an der Wache vor und sagt einem Beamten, dass sie sich bei der Polizei bewerben möchte. Leider ist sie nicht ganz nüchtern, ein Atemalkoholtest ergibt zwei Promille. Ihren Führerschein muss sie abgeben. Ob die Bewerberin weiterhin an einer Stelle interessiert ist, sei «momentan nicht bekannt», sagt ein Polizeisprecher. □



Bild: Pixabay

Quelle: dpa



Sicherheitsempfinden im ländlichen Raum sinkt

Die dbb bundessenorenvertretung bemängelt geringe Polizeidichte.

Altersgerechtes Wohnen ist eine Herausforderung, der sich die Kommunen immer aktiver stellen müssen, um dem demografischen Wandel Rechnung zu tragen. Neben baulichen und infrastrukturellen Aspekten muss dabei auch das Sicherheitsempfinden der älteren Generation stärker in den Blick rücken. Das betonte der Vorsitzende der dbb bundessenorenvertretung (und Ehrenvorsitzender der DPoIG Baden-Württemberg) Wolfgang Speck auf dem 11. Demografie-Kongress Best Age des Behörden Spiegel am 8. November 2016 in Berlin.

„Ein grundsätzliches Problem für Senioren und ihr Sicherheitsempfinden ist die mittlerweile geringe Polizeidichte in vielen ländlichen Regionen. Wohnungseinbrüche und Trickbetrug sind zum Beispiel Delikte, denen auf dem Land immer häufiger Ältere zum Opfer fallen, sei es durch das äußerlich groß und reich wirkende Haus oder die vermeintliche Gutgläubigkeit älterer Menschen“, sagte Speck und kritisierte, dass die Polizeidichte auf dem Land über lange Zeit hinweg

politisch gewollt heruntergefahren worden sei. „Das machen sich vor allem Banden zu Nutze. Sie wissen, dass die Polizei auf dem Land längere Wege hat als im Ballungsraum, und dass es bessere Fluchtwege gibt. Dazu kommt der Nachwuchsmangel bei der Polizei.“ Zusammen mit der insgesamt schwachen Infrastruktur mancher Regionen führe das mittlerweile zur Landflucht nicht nur der jüngeren, sondern auch der älteren Bewohner.

Die Gründung von Bürgerwehren oder ähnlichen Selbsthilfekonstrukten ist für Speck aber keine Lösung: „Das Gewaltmonopol liegt ausschließlich beim Staat. Das ist gut und richtig so. Er muss aber auch in der Lage sein es überall dort ausüben zu können, wo Menschen darauf vertrauen.“ Speck forderte die Politik auf, die Belange der inneren Sicherheit genauso selbstverständlich in den Konzepten für altersgerechte Wohnumfelder zu berücksichtigen, wie es bei baulichen, sozialen und sonstigen infrastrukturellen Maßnahmen der Fall sei.

Quelle: dbb



Bild: Pixabay



Grafik: Eisbären

Eisbären kämpfen für Noah

Noah, der sechsjährige Sohn eines Polizeikollegen beim PP Heilbronn, war am 7. März 2015 bei einer Rennsportveranstaltung von einem Auto erfasst worden und erlitt ein schweres Schädel-Hirn-Trauma. Seither ist Noah schwerst mehrfachbehindert. Er ist zu hundert Prozent pflegebedürftig und braucht rund um die Uhr Betreuung. Das Wohnhaus der Familie muss behindertengerecht umgebaut werden. Dies alles ist neben einem immens großen und tragischen Schicksal mit einer hohen finanziellen Belastung verbunden.

Für ein wenig Entlastung möchten nun die Heilbronner „Eisbären“ sorgen. Beim Heimspiel gegen Schwenningen am 3. Februar 2017 wird die Eishockeymannschaft eine Spendenaktion für die Familie unseres Kollegen durchführen. Das Spiel beginnt um 20.00 Uhr.

Wir finden dies ist eine super Aktion für die wir an dieser Stelle gerne Werbung machen.

Mehr über Noah's Kampf zurück ins Leben erfährt man auch in Facebook

<https://www.facebook.com/noahs.kampf.zurueck.ins.leben>



Erhöhung der Zulagen für bayerische Polizisten beim Nachtdienst

In Bayern gibt es ab 2017 vier Euro pro Nachtdienststunde. eine weitere Erhöhung auf fünf Euro ist geplant.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat sich erfolgreich für höhere Nachtdienstzulagen bei der Bayerischen Polizei eingesetzt. Das vermeldete das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr Ende November.

„2017 steigt die steuerfreie Zulage von 2,67 auf vier Euro pro geleistete Nachtdienststunde“, erklärte Herrmann. **Gleichzeitig fielen die zu versteuernde Schichtzulage und Wechselschichtzulage weg**, deren Höhe zwischen 18,69 und 32,05 Euro monatlich liegt. „In der Summe bleibt im Portemonnaie unserer Beamten aber ein deutliches Plus“, so der Minister. So verdient beispielsweise ein 29-jähriger Polizist in der Besoldungsgruppe A8 bei 50 Nachtdienststunden im Monat jährlich netto etwa 500 Euro mehr. „Unsere Polizistinnen und Polizisten halten für unsere Sicherheit rund um die Uhr bei Wind und Wetter ihren Kopf hin. Das ist zum Teil extrem fordernd, körperlich wie psychisch“, betonte Herrmann. „Die Erhöhung der Nachtdienstzulage ist ein zusätzlicher Ausgleich für die besonders belastenden Nachtschichten.“ Der Innenminister kündigte bereits an, sich in den kommenden Haushaltsjahren für eine weitere schrittweise Erhöhung der Nachtdienstzulage auf insgesamt fünf Euro einzusetzen.

Die Zulage für Nachtdienste wird für den Einsatz in der Zeit zwischen 20 Uhr und 6 Uhr gewährt. Von der Erhöhung sind vorwiegend die mehr als 12.000 Beamten im Schichtdienst der Bayerischen Polizei betroffen. Auch die Beamten des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz (LfV) werden von den erhöhten Nachtdienstzulagen profitieren. Der Innenminister hat erreicht, dass ab 2017 auch die Kolleginnen und Kollegen

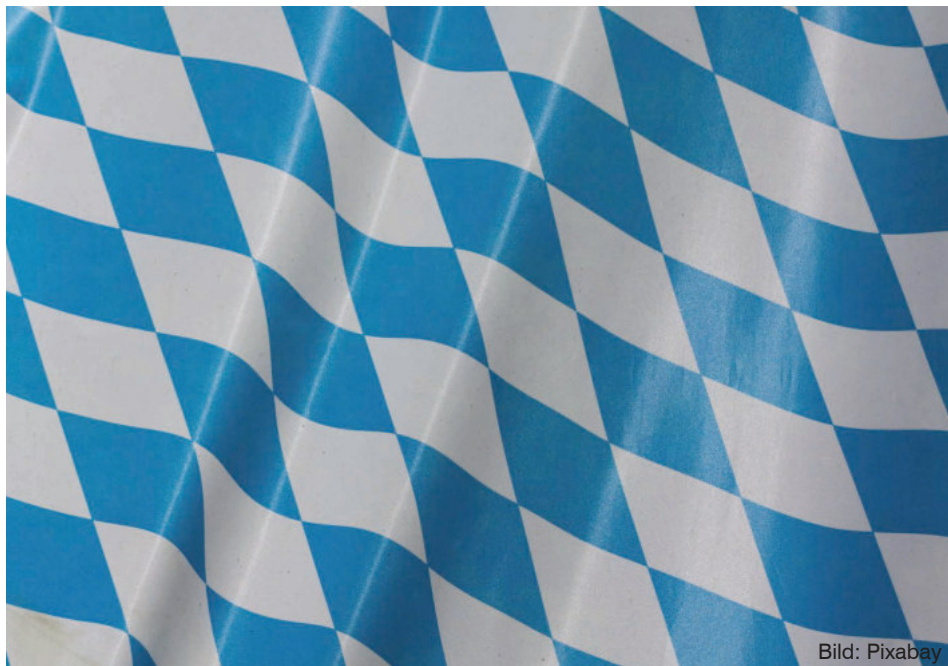


Bild: Pixabay

des LfV die ‚Zulage für Dienst zu ungunstigen Zeiten‘ erhalten. Das betrifft insbesondere die Observationseinheiten. Bislang war diese Gruppe von der Zahlung der Zulage für Dienst zu ungunstigen Zeiten gesetzlich ausgeschlossen.

Neuregelung des abschlagsfreien Ruhestands

Außerdem geht laut Meldung mit dem Wegfall der Schichtzulagen für die bayerischen Polizisten eine Neuregelung beim Ruhestand einher. Die Mindestgrenze für den abschlagsfreien Antragsruhestand mit Vollendung des 60. Lebensjahres wird ab 2017 eine ruhegehaltfähige Dienstzeit von mindestens 20 Jahren sein, in denen pro Kalenderjahr mindestens 450 Stunden Dienst während der Nacht und an Sonn- und Feiertagen geleistet wurden. Bislang war dafür Voraussetzung, mindestens 20 Jahre lang eine Schichtzulage bekommen zu haben. ‚Angesparte‘ Schichtdienstjahre blei-

ben dabei selbstverständlich erhalten. Vergleichbar belastende unregelmäßige Dienste, wie beispielsweise in den Spezialeinheiten, werden auch weiterhin beim abschlagsfreien Ruhestand berücksichtigt.

Herrmann zufolge hat der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags zu den Planungen bereits ‚grünes Licht‘ gegeben. Die endgültige Verabschiedung des neuen Doppelhaushalts 2017/2018 durch den Bayerischen Landtag ist für den 15. Dezember 2016 geplant. Zur Finanzierung der erhöhten Zulage für geleistete Nachtdienststunden auf zunächst vier Euro sind allein im Haushalt des Innenministeriums für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 je 5,7 Millionen Euro zusätzlich vorgesehen. □

Quelle: Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr, Pressemitteilung vom 28.11.2016



Auch im kommenden Jahr was erleben Erste Seminare und Studienfahrten für 2017 sind buchbar.



BERLIN- PROGRAMM

„Politische Informationsfahrt“

26.04. - 30.04.2017 Leistungen und Programm* Informationsfahrt – 5 Tage

- Fahrt ab Biberach/ Riß - Stuttgart - Berlin
- ****Hotel „Hamburg“ mit Halbpension
- Stadtrundfahrt mit Führung Berlin – Potsdamer Platz
- Teilnahme an einer Bundestagssitzung mit Besichtigung der Kuppel
- Führung durch den Deutschen Bundestag
- Besuch mit Führung Potsdam, Cecilienhof
- Besuch/ Führung Bundeskanzleramt
- Vortrag über Berlin
- Schifffahrt auf der Spree

Teilnehmerbeitrag: € 285,-- für Mitglieder und Angehörige
€ 310,-- für Nichtmitglieder

18.10. - 22.10.2017 Leistungen und Programm* Informationsfahrt – 5 Tage

Siehe Ausschreibung April – evtl. Änderungen:

- Besuch der Landesvertretung Baden-Württemberg
- Führung Holocaust Mahnmahl
- Besuch der Gedenkstätte Hohenschönhausen

Teilnehmerbeitrag: € 285,-- für Mitglieder und Angehörige
€ 310,-- für Nichtmitglieder

Anmeldungen an: Landesgeschäftsstelle der DPoIG BW in Stuttgart

* Das detaillierte Programm bitte anfordern; Programmänderungen vorbehalten



DPoIG im Gespräch mit den Liberalen Sicherheitspolitischer Gedankenaustausch im Landtag.

Zu einem Austausch über sicherheitspolitische Themen trafen sich der DPoIG-Landesvorsitzende, Ralf Kusterer, und dessen Stellvertreter, Jürgen Engel, mit Vertretern der FDP-Landtagsfraktion.

In dem Mitte Dezember stattgefundenen Gespräch konnten beide Teilnehmerkreise über viele Themen und Bewertungen hinweg große Übereinstimmung feststellen. In Bewertungen zur Polizeireform, so Kusterer wörtlich, „geht kaum ein Blatt zwischen die Meinungen der FDP-Landtagsfraktion und die der DPoIG“.

Wie immer konnten die DPoIG-Vertreter dazu beitragen, dass Politik auch Polizei versteht. So war insbesondere das „Zentrale Führen“ in der Dimension und Auswirkungen nicht bekannt und hatten bisher zu einer teilweisen Fehleinschätzung geführt. Denn zu abwegig erschien es den Abgeordneten bis dato, dass auch kleinste Einsätze zentral geführt werden sollen. Die Vertreter der FDP-Fraktion machten deutlich, dass sie sich als Partei der Freiheit aber auch der Sicherheit verstehen. Beides ginge nur zusammen. Prof. Dr. Goll hierzu: „Die Polizei liegt uns am Herzen. Man kann Tränen in die Augen bekommen, wenn man sieht, was mit der Polizeireform alles kaputt gemacht wurde. Wir werden als Fraktion alles tun, um dazu beizutragen, dass der größte Unsinn wieder umgekehrt wird.“ Die Beispiele der Parlamentarier aus eigenem Erleben wären ein abendfüllendes Programm gewesen.

Für die FDP-Landtagsfraktion machte der Parlamentarische Geschäftsführer und stv. Fraktionsvorsitzende Dr. Timm Kern deutlich, dass man die hervorragende Zusammenarbeit mit der DPoIG nicht nur fortsetzen, sondern auch mit Blick auf die parlamentarischen Aktivitäten gerne ausweiten möchte. Die DPoIG freut sich auf einen stetigen und konstruktiven Dialog.



Die Gesprächsrunde (von links nach rechts): Dr. Timm Kern (MdL), Jürgen Engel (DPoIG), Prof. Dr. Goll (MdL), Ralf Kusterer (DPoIG), Nico Weinmann (MdL) (Bild: FDP)

Das Landesamt informiert ... Geänderte Telefonservicezeiten der Beihilfestelle zu Weihnachten und über den Jahreswechsel

Zu Gunsten der zügigeren Abrechnung offener Beihilfeanträge hat das Landesamt für Besoldung und Versorgung die Telefonservicezeiten zu Weihnachten und über den Jahreswechsel verkürzt. Dies geht aus einer aktuellen Mitteilung hervor.

Telefonisch erreicht man die Servicemitarbeiter in der Zeit von Dienstag, 27.12.2016, bis Donnerstag, 05.01.2017, von Montag bis Freitag von 8:30 Uhr – 11:30 Uhr. Davon ausgenommen sind Feiertage.



Bild: Pixabay

Ab dem 09.01.2017 gelten wieder die gewohnten Sprechzeiten: Montag und Donnerstag von 8:30 Uhr bis 16:00 Uhr und Dienstag, Mittwoch, Freitag von 8:30 Uhr bis 11:30 Uhr.

Quelle: LBV

